

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Das Jahressubskriptions
Preis für den Monat 1.00 Mark.
Einzelnummern 10 Pfennig.
Anzeigen: 1.00 Mark pro Zeile pro Tag.
Telegraphische Adressen: Amt Leipzig Nr. 1000

Abonnement: Das Jahressubskriptions
Preis für den Monat 1.00 Mark.
Einzelnummern 10 Pfennig.
Anzeigen: 1.00 Mark pro Zeile pro Tag.
Telegraphische Adressen: Amt Leipzig Nr. 1000

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 181

Sonnabend, den 5. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Nach einer Weidung aus Berlin mußte die Reichsbank zum 1. August nicht weniger als 16,7 Milliarden Mark neuen Papiergeldes in den Verkehr bringen.

Der katastrophale Rückgang der Mark hat in Pariser Bank- und Finanzkreisen geradezu erschütternden Eindruck gemacht. In Paris erklärt man ausdrücklich, daß nur die Note Poincaré hierfür verantwortlich zu machen sei.

Journal des Debats kündigt die Uebergabe des Berichtes des Garantiekomitees (letzter Teil) an die Reparationskommission für heute abend oder morgen an. Sobald das Dokument vollständig sei, werde es auch den alliierten Regierungen zugehen.

Der Dollar stand heute Vormittag in Berlin vorläufig auf 792.

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Hill, M. d. R.

Die Ereignisse der letzten Zeit zeigen wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Gewaltakte von Versailles, St. Germain und Sevres alles andere als Friedensschlüsse gewesen sind und daß sie nicht den Abschluß irgendeiner Entwicklung für die beteiligten Völker gebracht haben, sondern daß sie der Anlaß zu unübersehbaren Verwicklungen und der Ausgangspunkt zu immer neuen kranzhaften und kranzhaften Zuständen für den europäischen Kontinent geworden sind. Wohl ist an einigen Stellen in den letzten Tagen eine gewisse Beruhigung eingetreten, aber auch diese Beruhigung ist nur eine äußere; das gilt sowohl für Polen wie für Italien. Polen lebt nach wie vor im politischen Chaos und es wird auch Professor Ropal von der polnischen Nationaluniversität nicht eingestanden, als Ministerpräsident geordnete Zustände in den neu von der Entente geschaffenen polnischen Staat zu bringen, einfach deswegen nicht, weil in jahrhundertelanger Geschichte das polnische Volk gezeigt hat, daß es staatsbildende und staatsverhaltende Kraft nicht besitzt. Selbst der starke, schlagende Arm Frankreichs wird auf die Dauer nicht genügen, um Polen als Staat über Wasser zu halten. Auch die Lösung, die in den letzten Tagen die italienische Regierung in der Entscheidung zwischen den sozialistischen und nationalistischen Strömungen in Italien erst noch zu Ende gekämpft werden muß. Bis dahin aber wird das Land noch manchen schweren Erschütterungen ausgesetzt sein.

Um zu erkennen, wie weit die Welt auch heute noch von einem Frieden entfernt ist, genügt ein Blick auf die Vorgänge am Bosphorus und auf die jüngsten Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland. Es gehört ein großes Maß politischer Einsicht dazu, wenn man glaubt, daß das jetzt von Griechenland eingeleitete Vorgehen gegen die Türkei allein der Initiative griechischer Machtpolitik entspreche. Im Hintergrunde dieser Dinge steht der seit 1918 besonders stark gewordene Gegensatz zwischen England und Frankreich in Kleinasien. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es gerade gegenwärtig im Interesse der britischen Politik liegt, wenn Frankreich in Kleinasien Beschäftigung und Schwierigkeiten erhält. Ob der im nahen Orient zwischen England und Frankreich sich verschärfende Gegensatz der Lösung desjenigen Problems förderlich sein wird, in deren Mittelpunkt Deutschland steht, wird die nächste Zukunft lehren. Auch hier drängen die Dinge zur Entscheidung. Das brutale Vorgehen Frankreichs, wie es vor allem in der letzten Antwortnote zutage tritt, läßt keinen Zweifel, daß die französische Politik jetzt auf ihr letztes Ziel zusteuert. Die Lage verlangt von der Regierung und vom Reichstage die entscheidende Tat. Die Erfüllungspolitik Deutschlands ist an einem Wendepunkt angelangt. Wenn der Dollar innerhalb 4 Wochen von 200 auf 800 steigt und die Mark entsprechend sinkt, so gehört wahrhaftig wenig politischer Schachwitz dazu, um nach der Richtung hin klar zu sehen, daß der vollkommen wirtschaftliche Ruin Deutschlands mit Riesenschritten im Umarmen ist, und daß eine Beschaffung von Goldbeiseln zur Erfüllung von Verpflichtungen an unsere Feinde bei diesem Stande eine Unmöglichkeit ist. Es war gewiß richtig, bis zum Beweise der Unmöglichkeit der Forderungen unserer Feinde keine Katastrophpolitik, sondern Erfüllungspolitik zu treiben; umgekehrt aber darf auch die Erfüllungspolitik nicht zur Katastrophpolitik werden; sie wird es aber, wenn man sie jetzt weiter treiben will. Entscheidendes deutsches Nein im gegenwärtigen Augenblicke wird selbst in England und Belgien moralische Verbände finden. Der Zeitpunkt, den Franzosen gegenüber das entscheidende Wort zu sprechen ist selten günstig.

Dem Vernichtungswillen Frankreichs gilt es den geschlossenen nationalen und wirtschaftlichen Selbsthaltungswillen Deutschlands entgegenzusetzen. Vielleicht erkennt man diese Notwendigkeit nunmehr auch stärker als bisher in Bayern. Eine Reichsregierung, die jetzt klar und zielbewußt diesen Weg betritt, wird im Reichstage und im deutschen Volke eine ungeheure Mehrheit hinter sich haben, und die Befundung einer solchen Geschlossenheit würde der wirksamste Anstoß zu den bevorstehenden Verhandlungen zwischen den führenden Staatsmännern Frankreichs und Englands sein und die beste Stütze für die Strömungen, die in einer Vernichtung Deutschlands das Ende der europäischen Wirtschaft und Kultur erkennen. Das Lebensinteresse Deutschlands erfordert sofortiges Handeln, ehe die dynamischen und dämonischen Auswirkungen der jetzt zu verzeichnenden vollkommenen Vernichtung der deutschen Währung unheilbare innere Zersetzungen herbeiführt haben.

Wetterleuchten.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Nächsten Montag Vormittag soll die große Auseinandersetzung in London zwischen den alliierten Regierungsvertretern Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans beginnen, der nur der Name Oberster Rat, nicht aber die Machtbefugnisse eines solchen fehlt. Französische Pressestimmen kündigen bereits an, daß es hart auf hart gehen werde. Und wer die konfliktswangere Stimmung der letzten Wochen und Tage aufmerksam verfolgt hat, kann kaum daran zweifeln, daß in der Tat die Londoner Konferenz ein Gewitter, eine Entspannung und Entladung bringen wird, die hoffentlich für lange Zeit hinaus die Atmosphäre reinigt und für alle Beteiligten erträglich gestaltet. Die Verhandlungen, die am Donnerstag nachmittag im englischen Unterhaus über das Reparationsproblem und den Schuldennachschuß ausgetragen wurden, waren ebenso, wie der letzte Notenwechsel zwischen Berlin und Paris, Vorbereitungen des kommenden Londoner Gewitters; sie sind dem Wetterleuchten vergleichbar, das der atmosphärischen Katastrophe vorauszugehen pflegt.

Der Gesamteindruck aus den bedeutsamen englischen Unterhausdebatten ist der, daß die Wahrheit auf dem Marsch ist. Nicht nur der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne, sondern auch Lloyd George selbst und Lord Robert Cecil und die übrigen zu Worte gekommenen englischen Politiker zeigten diesmal ein Verständnis für die Notlage Deutschlands, daß wir bisher nur allzu sehr vernachlässigt haben. Natürlich hat nur die eigene Not im Lande und nicht etwa die offiziellen und inoffiziellen deutschen Vorstellungen jenes Verständnis geweckt und gefördert, das heute auch in allen anderen Siegerstaaten, selbst in besonnenen französischen Kreisen bemerkbar wird. Die bisherigen vergeblichen Versuche, durch erprete Schuldgeständnisse, durch Beschimpfung und Bedrohung, durch Sanktionen und Retorsionen mehr aus dem deutschen Volke herauszupressen, als es zu leisten vermag, sind in ihrer Verfehltheit von aller Welt außer von Poincaré und seinen Hintermännern als völlig verfehlt erkannt. Der abschließlichen Verkleinerung der bisherigen deutschen Reparationsleistung ist ihre Anerkennung der Uebersehbarkeit der deutschen Leistungsfähigkeit die Erkenntnis vom Gegenteil und vom guten Willen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung gefolgt. Die Katastrophepolitik der französischen Revancheschreier, die die deutsche Leistungsfähigkeit immer mehr herabgedrückt und die deutschen Zahlungsmittel immer stärker entwertet hat, wird neuerdings selbst in Frankreich in ihrer ganzen Gefährlichkeit erkannt, wenn auch Poincaré aus Rücksicht auf seine nationalistische Kammer gelegentlich immer noch einmal seine brutalen Drohgebarden nach Berlin hin anwenden zu müssen glaubt.

Aber es wäre voreilig und falsch, aus dieser wachsenden Erkenntnis der Wahrheit auf eine schnelle und gerechte Erleichterung der Reparationslasten für Deutschland schließen zu wollen. Von der theoretischen Erkenntnis bis zur entsprechenden praktischen Maßnahmen ist noch ein weiter Weg. Die Schwierigkeiten auf diesem Wege hat ja gerade die Debatte im englischen Unterhaus deutlich gezeigt. Sie brachte für uns Deutsche keine Neuigkeiten. Ueberausend war höchstens die rücksichtslose Offenheit, mit der die gewaltigen bisherigen Leistungen des deutschen Volkes, die Ursachen seiner gegenwärtigen Zahlungsunfähigkeit, die Anerkennung des Erfüllungswillens und die Notwendigkeit eines Zahlungsausschubs dargelegt wurden. Die nächste streng sachliche Rede des englischen Finanzministers kann nicht eindrucklos bleiben. Diese Rede ist den deutschen Verhältnissen, wie sie in Wahrheit liegen, in noch höherem Maße gerecht geworden als die folgenden Schlüsselsätze Lloyd Georges, die zwar Sir Hornes Ausführungen ausdrücklich bestätigten, aber dann doch wieder durch Aufzählung aller politischen Schwierigkeiten in ihrer Wirkung abschwächten. Bemerkenswert und für Lloyd George charakteristisch war das Bild, in dem er Deutschland mit einem Privatmann verglich, der eine andere Partei vor Gericht gezogen, dieses Gericht selbst ausgewählt und seinen Prozeß verloren habe. Das Bild ist immer noch schief, denn das Gericht des Weltkrieges ist keineswegs von Deutschland einseitig angerufen worden; aber es ist immerhin erträglich als die früheren Behauptungen von der Alleinschuld Deutsch-

lands, die sich auch Lloyd George mit Berufung auf den Versailler Vertrag wiederholt zu eigen gemacht hat. Wenn die Reparationszahlungen tatsächlich nichts mit Bestrafung zu tun haben, so ist nicht der mindeste Grund einzusehen, warum sie nicht vernünftig der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßt werden sollten. Aber hier erhebt sich Lloyd George gleich wieder Bedenken. Es sei schwer, die deutsche Leistungsfähigkeit richtig abzuschätzen, zumal gegenwärtig, wo sich die deutsche Wirtschaft ebenso wie die gesamte Weltwirtschaft auf einem unerhörten Tiefstand befindet. Man müsse sich also hüten, Deutschland all zu sehr entgegenzukommen, damit es in Zukunft nicht die heutigen Siegerstaaten überflügeln könne. Man sieht, wie stark selbst bei der englischen Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Vermeidung allzu harten Drucks auf Deutschland immer noch selbstsüchtige Interessen einer gerechten Lastenverteilung im Wege stehen.

Lloyd George hat mit der Versicherung geschlossen, er wolle Deutschland fair behandeln, aber auch Frankreich Gerechtigkeit gewähren, ohne bei beiden die englischen Interessen aus dem Auge zu verlieren. Sein Ziel sei, die verschiedenen Auffassungen Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und der anderen Regierungen über die Reparationen und den Schuldenausgleich in Einklang zu bringen. Die Aufgabe ist viel zu groß und umfangreich, als daß sie uns große Hoffnungen auf die bevorstehende Londoner Konferenz übrig ließe.

Das neue bayerische Kabinett.

Im bayerischen Landtag ist am gestrigen Freitag die Koalition abgeschlossen worden. Der der bayerischen Mittelpartei angehörige Oberregierungsrat Franz Kästner ist als Justizminister in das Kabinett eingetreten. Damit hat Bayern wieder ein Rechtskabinett erhalten, und es wird niemand zu behaupten wagen, daß diese Tatsache für die weiteren Verhandlungen mit der Reichsregierung besonders vielversprechend sei. Die Spuren des Kabinetts Rahr-Böhmer schrecken. Was die rechts gerichtete Presse von diesem Kabinett erwartet, das geht schon aus einem Triumpfschrei in einer Münchner Meldung der Deutschen Tageszeitung hervor, in dem mit sattem Behagen darauf hingewiesen wird, daß Bayern zuerst von allen anderen Ländern sich wieder zu einer rein bürgerlichen Regierung und Koalition, und zwar zu einer nach rechts erweiterten, zurückgefunden habe, während in allen Staaten in Deutschland entweder rein sozialistische oder rot gepresste Regierungen am Ruder seien. Geradezu klassisch mutet der Schluß dieser Meldung an, in dem aus dieser Koalitionserweiterung gefolgert wird, daß in Bayern alles getan wird, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Wenn Worte einem Sinn haben sollen, so kann das nur heißen, daß man hofft, mit dieser Erweiterung die recht radikalen Radikalelemente zu beruhigen. Denn daß die Ausschaltung so breiter Volksschichten, wie sie durch die Sozialdemokraten und Demokraten repräsentiert werden, nicht eben ein besonders gutes Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ist, darüber wird sich im stillen Kämmerlein wohl selbst die bayerische Mittelpartei nicht im Unklaren sein. Ob die Demokraten diesem Kabinett gegenüber Neutralität bewahren werden, wird von seinen künftigen Taten abhängen. Es ist geradezu irraglich, daß Graf Verchenfeld, dem es seit dem Abgange Rahr's gelungen war, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen München und Berlin herzustellen, infolge dieser Kabinettszusammensetzung sich nun noch mehr als bisher gezwungen sehen wird, als Träger einer Politik zu erscheinen, die wohl kaum seinen eigenen Anschauungen entspricht, da sie Gefahr läuft, in den alten Rahr-Rurs einzumünden.

Keine Reichsverdröpfung in Bayern!

Der bayerische Landtag beendigte gestern nachmittag seine Arbeiten. Präsident Königbauer führte in seiner Schlussrede aus: Auch in der größten Not des deutschen Volkes will man sich in Bayern freudig zum Deutschtum bekennen; um aus dem tiefen Elend herauszukommen, sei eine verständnisvolle Behandlung der Länder durch das Reich Voraussetzung. An Stelle einseitigen Zwanges muß eine freiwillige Vereinbarung treten. Die notwendige Abwehr unerbittlicher Eingriffe in die bayerischen Hoheitsrechte sollte alle im Hause vereinigt finden. Es sei ein Irrtum, daß in Bayern Reichsverdröpfung herrsche. Die Bayern wollten die Reichsfreudigkeit dadurch haben, daß sie ihrem Lande seine unveräußerlichen Rechte für die Zukunft bewahren. Das möge auch in Berlin verstanden werden. Der Präsident schloß mit dem Wunsche, es möchten für die Zukunft Sicherheiten gesehen werden, damit die Hoheitsrechte der Länder nicht ohne ihre Zustimmung beseitigt würden.

Lechenfeld geht nicht nach Berlin.

Laut Bayerischer Staatszeitung ist der bayerische Gesandte in Berlin, v. Preger, gestern Vormittag in München eingetroffen zur Berichterstattung und Information über den weiteren Gang der Verhandlungen in Berlin. Auch Reichsernährungsminister Feder und Reichswehrminister Dr. Gey-